

Abrahamson, George

**Article — Digitized Version**

## Erste Erfahrungen mit Wilsons Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Abrahamson, George (1965) : Erste Erfahrungen mit Wilsons Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 2, pp. 90-92

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133456>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Erste Erfahrungen mit Wilsons Wirtschaftspolitik

Dr. George Abrahamson, London

Eine ernüchterte, aber zuversichtliche Labour-Regierung sieht auf ihre ersten hundert Tage zurück. Sie trat kein glückliches Erbe an. Die Verschiebung der Wahlen auf den Herbst hatte die Gesetzgebung gelähmt und dringend nötige anti-inflationäre Aktionen verzögert. Das Zahlungsbilanzdefizit war von 58 Mill. £ im letzten Quartal 1963 sukzessive auf 142 Mill. £ im ersten, 187 Mill. £ im zweiten und 283 Mill. £ im dritten Quartal 1964 gestiegen, und die Verschlechterung hatte sich vorwiegend auf laufender Rechnung vollzogen, wo der Einfuhrüberschuß von 24 Mill. £ in den ersten neun Monaten 1963 auf 409 Mill. £ in der Vergleichszeit 1964 gestiegen war. Gleichzeitig war die Kapitalausfuhr (für durchaus positive Zwecke) von 104 Mill. £ auf 313 Mill. £ gewachsen und durch Zustrom kurzfristiger Gelder nur provisorisch gedeckt worden. Ende September erreichten die letzteren 3914 Mill. £, verglichen mit Gold- und Devisenreserven von 907 Mill. £ (und, wie man nicht vergessen darf, britischen Privatinvestitionen im Ausland in der Größenordnung von 20 Mrd. £). Die Industrieproduktion stagnierte (wenigstens dem amtlichen Index zufolge), Kleinhandelspreise und Löhne kletterten weiter (im Zwölfmonatsabschnitt Oktober 1963 — September 1964 um 4,5 und 5,1 %), der Kunden- und Konsumkredit noch mehr (seitens der Großbanken um 12½ % auf 1020 Mill. £ und im Teilzahlungsgeschäft um 16 % auf 1083 Mill. £), die Arbeitsproduktivität dagegen recht zögernd, da sich der gesteigerte Kapitalaufwand in der Produktionswirtschaft nur langsam bemerkbar machte. Der aufgeblähte Inlandskonsum hemmte die Ausfuhr und begünstigte die Einfuhr. Die gefährlichen Folgen einer Vertrauenskrise lagen auf der Hand. Aber es war auch klar, daß die neue Regierung einige politische Versprechungen einlösen mußte.

## „PERIODE DER HASTIGEN EINGRIFFE“ ABGESCHLOSSEN

So kam es zu den bekannten hastigen Eingriffen. Die Labour-Führer hatten die konservative Konjunkturpolitik zu scharf kritisiert, als daß sie auf die gewohnten Korrekturmethode zurückgreifen konnten. Statt dessen begannen sie dramatisch mit einer fünfzehnprozentigen Einfuhrabgabe, die auch in England sofort heftig angegriffen wurde und zunächst weder die Einfuhr bremste noch die Inlandsproduktion stärkte, aber auch das Preisniveau nur geringfügig beeinflusste. Ihr folgte wenige Wochen später eine Erhöhung der Treibstoffsteuer, zusammen mit der Ankündigung höherer Sozialversicherungsbeiträge und -leistungen ab Ende März 1965 und einer Erhöhung der Einkommensteuer und Reform der Gesellschaftsbesteuerung im nächsten Fiskaljahr. Als dieser sogenannte Zwischenhaushalt

auch nur Unruhe und Mißtrauen stiftete, griff die Regierung, vielleicht übereilt und wahrscheinlich unnütz, zur altbewährten, aber etwas abgegriffenen Waffe der Diskontsatzserhöhung, was als amtliches Eingeständnis der Unzulänglichkeit der vorangegangenen Maßnahmen quittiert wurde, aber der Flucht aus der Sterlingwährung kein Ende setzte. Wenige Tage später wurden die anderen Zentralbanken für eine Hilfsaktion mobilisiert; das Ergebnis war ein Kredit unbekannter Dauer von 3 Mrd. Dollar über die der Bank von England seitens des Weltwährungsfonds zustehenden, aber zur Rückzahlung kurzfristiger Darlehen benötigten Leihbeträge hinaus. Diese prompte und massive Stützungsaktion beruhigte diejenigen in- und ausländischen Interessenten, die geglaubt hatten, sich vor einer Sterlingabwertung schützen zu müssen. Ein weiteres tat die Anweisung an die britischen Banken, Ausfuhr- und produktiven Investitionsvorhaben in der Kreditgewährung Vorrang zu geben und den Konsumkredit einzuschränken; sie verhinderte jedoch zunächst nicht einen weiteren erheblichen Anstieg der Bankausleihungen als ganzes, der erst im Januar korrigiert wurde. Die Kreditanspannung pflanzte sich auf den Kapitalmarkt fort, wo die Behörden schließlich die Kurse von Staatsanleihen stützen mußten. Die eigentliche Krise war indessen nun überwunden, hatte aber die Regierung gezwungen, ihre Wirtschaftsstrategie radikal zu ändern: Preisstabilisierung und Ausfuhrförderung erhielten den Vorrang vor der Produktionsausweitung.

## NORMALISIERUNG DES ARBEITSMARKTS

Der Produktionsanstieg war im Herbst wieder in Gang gekommen; im November lag der amtliche Index 5½ % über dem Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit war im Januar die niedrigste seit neun Jahren und die Zahl der freien Arbeitsplätze nur leicht rückläufig. Der Arbeitsmarkt bleibt also angespannt, aber die Gewerkschaften kamen dem neuen Arbeitsminister, seines Ursprungs selbst Gewerkschaftsführer, entgegen; er braucht keine größeren Lohnforderungen vor dem Herbst zu befürchten. Inzwischen hat er Pläne für die Entschädigung und Umschulung entlassener Arbeiter vorgelegt und die Arbeitgeber ermuntert, die Initiative bei der Modernisierung von Arbeitsmethoden und Freisetzung unproduktiv beschäftigter Arbeitskräfte zu ergreifen. Daß viele Betriebe mit weniger Arbeitern auskommen könnten, ist altbekannt; aber jetzt wird es offen ausgesprochen. Durch Rüstungseinsparungen hofft man in der Flugzeugindustrie allein mindestens

50 000 Arbeiter freizusetzen, und anderswo geht die Arbeitseinsparung in beschleunigtem Tempo weiter, ohne allzu starke Proteste auszulösen. Die positiven Ergebnisse all dieser Bemühungen stehen allerdings noch aus.

1. In der Einkommenspolitik wurde ein neues Fundament durch eine gemeinsame „Willenserklärung“ der Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften hinsichtlich Arbeitsproduktivität, Preise und Einkommen gelegt, der demnächst gemeinsame Beschlüsse über Preis- und Einkommenstribunale folgen sollen. Die Sozialpartner akzeptieren das Prinzip der Wirtschaftsplanung und die Notwendigkeit größerer Kapitalinvestitionen und höherer Arbeitsproduktivität und wollen helfen, das allgemeine Preisniveau stabil zu halten. 2. 3. 4. Geldenkünfte auf das Sozialprodukt auszurichten, Leistungshindernisse zu überwinden und einen wirksamen Kontrollapparat zu schaffen. Obwohl diese Erklärung vage klingt, ist sie eindeutig und ernst gemeint und zweifellos ein bedeutender Fortschritt. Schon bevor das Preistribunal überhöhte Preise prüfen kann, gab sie der Regierung die Möglichkeit, gegen eine neue Teuerungswelle anzugehen. Die zu Jahresbeginn üblichen Preiserhöhungen aus oft fadenscheinigen Gründen wurden zum Teil sehr schnell wieder abgeblasen, als Listen der betroffenen Waren in den Zeitungen erschienen und Konkurrenzfirmen, die ihre Preise nicht heraufzusetzen versprochen, lobend erwähnt wurden. Die Preis- und Einkommenstribunale können natürlich nicht die Auftriebsfaktoren aus der Welt schaffen (das allgemeine Kosten- und Lohnniveau steigt noch immer, wenn auch langsamer) aber Verstöße gegen von Regierungsstellen berechnete „Normen“ verurteilen und auf Abhilfe drängen. Die Mitarbeit der Unternehmer hat sich die Regierung dadurch gesichert, daß sie nur gegen hohe Preise, nicht aber gegen hohe Gewinne ins Feld zieht, also das Profitmotiv akzeptiert, die der Arbeiter durch höhere Sozialversicherungsleistungen bei gleichzeitig verschärfter Einkommen- und Gewinnbesteuerung. Hier liegt der tiefere Grund für die frühzeitige Ankündigung neuer Steuern und Rentenzuschläge; ohne sie gäbe es keine gemeinsam vereinbarte Einkommenspolitik. Eine solche ist aber schlechthin entscheidend, weil die gesamte Wirtschaftsplanung auf williger Zusammenarbeit mit und unter den Sozialpartnern beruht.

#### VORBEREITUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS

In bezug auf die Wirtschaftsplanung hat die Regierung bisher nur vorbereitende und organisatorische Schritte unternommen, die aber die Richtung ihrer Politik klar erkennen lassen. Der früher unabhängige Nationalrat für Wirtschaftsentwicklung wurde dem neu geschaffenen Wirtschaftsministerium unterstellt und personell verstärkt; ihm zur Seite stehen einerseits sechs Gebietsräte für alle Teile Englands außer dem besonders wichtigen Südosten (auch Schottland und Wales werden eigene Planungsräte erhalten) und andererseits „kleine“ Wirtschaftsräte für alle wichtigen Zweige der

## REPertoire FRANCAIS DU COMMERCE EXTERIEUR

Toutes les firmes françaises exportatrices ou susceptibles d'exporter, par rubriques professionnelles, rédigées en 5 langues.

Diffusion assurée dans le monde entier.

### Französisches Verzeichnis für den Außenhandel

Die französischen Außenhandelsfirmen in Branchenordnung mit fünfsprachigen Angaben.

Ein Repertorium mit weltweiter Verbreitung.

LES EDITIONS UFAP

UNION FRANCAISE D'ANNUAIRES PROFESSIONNELS

PARIS XVI<sup>ème</sup>

94, rue Lauriston

Tél. Kléber 19.71

Privatindustrie. Im ganzen wird es davon etwa zwanzig geben, jeder unter einem Vorsitzenden, der früher an führender Stelle privatwirtschaftlich tätig war, aber jetzt als vollamtlicher Industrieberater im Wirtschaftsministerium dient; der Hauptindustrieberater, ein führender Industrieller, ist Mitglied des Nationalrats. In allen Organen arbeiten Privatunternehmer mit Gewerkschaftlern und Regierungsvertretern zusammen. Ein Wirtschaftsplan wird dem Nationalrat in großen Zügen im Frühjahr und mit allen Details im Sommer vorgelegt. Der Rat wird aber nicht nur bei der Planung, sondern auch in der Einkommenspolitik verantwortlich arbeiten, und die „kleinen“ Industrieräte werden bei der Planverwirklichung in ihrem Bereich, bei der Aufspürung und Beseitigung von Schwächen und auch bei der Erkundung von Exportmöglichkeiten helfen, während den Gebietsräten eine besondere Rolle bei der Lösung lokaler Probleme und Nutzbarmachung ungenutzter Produktionsreserven zugeordnet ist. Der Wirtschaftsplan selbst ist nicht, wie die bisherige vierprozentige Wachstumsrate, die unter den Tisch gefallen ist, als „Voraussage dessen, was geschehen mag, wenn alles gut geht, sondern als verbindliches Ziel, als Operationsplan“ gedacht. Gleichzeitig arbeitet die Regierung an einem großen Verkehrsplan, nachdem das Beispiel der Eisenbahnen gezeigt hat, was durch systematische Rationalisierung erreicht werden kann, und an Gesetzen gegen Monopolauswüchse und pro-

duktionshemmende Praktiken sowie zur besseren Bodenverwertung und Kontrolle des Büro- und Fabrikbaus; die Häfen sind Gegenstand einer besonderen Enquête.

#### EXPORT VERGROSSERT

Dem Ziel der Ausfuhrförderung dient eine ganze Reihe von Maßnahmen. Exportrabatte von ein bis drei Prozent, je nach Warenart, die den geschätzten Preisauftrieb durch indirekte Steuern ausgleichen sollen, verbilligte langjährige Kredite (zu 5 1/2 %) für größere Ausfuhrabschlüsse und erweiterter Exportversicherungsschutz sind die wichtigsten und dürften zusammen über 100 Mill. £ jährlich kosten. Überseemarktforschung und -werbung werden verbessert, besondere Ausfuhräte für wichtige Überseegebiete geschaffen, die Exporthäfen ausgebaut und Ausfuhrkombinationen zwischen Firmen verschiedener Größe unterstützt. Die britische Ausfuhr hat sich zu Ende des vergangenen Jahres erhöht, und viele Firmen berichten über besseren Auftragseingang, besonders aus Nordamerika und Westeuropa. Die kleinen Steuer- und Zinskonzessionen werden bestenfalls andere Kostensteigerungen ausgleichen, aber mehr ist in dieser Hinsicht auch nicht nötig. Viele englische Firmen, vor allem in der metallverarbeitenden Industrie, haben die Ausfuhr vernachlässigt, weil das Inlandsgeschäft leichter und lohnender war. Bei der letzten Befragung berichteten zwei Fünftel aller Firmen über eine Zunahme des Exportauftragseingangs. Die Einfuhrabgabe hat sich als zweischneidiges Schwert erwiesen; nach Ansicht von Sachkennern hat sie England mehr an entgangenen Exportaufträgen gekostet, als an Importdevisen gespart wurde.

Die zum Zahlungsbilanzausgleich erforderliche Ausfuhrsteigerung (um wenigstens durchschnittlich 10 % für Industriewaren) bedingt eine vorübergehende Senkung des Inlandskonsums. Diesem Ziel diene das Herbstbudget nur ungenügend. Der ordentliche Haushaltsvoranschlag im April wird durch Steuererhöhungen nicht nur die Rentenzulagen und Ausfuhrvergünstigungen decken, sondern darüber hinaus etwas Kaufkraft, vor allem in den höheren Einkommensklassen, abschöpfen. Dasselbe Resultat ist in allen Einkommensklassen von höheren Sozialbeiträgen, Post- und Eisenbahntarifen zu erwarten. Die Staatsausgaben will man hauptsächlich in der Rüstungsbeschaffung und durch Unterlassung oder Hinausschiebung von Prestigeprojekten beschneiden; hier haben sich allerdings schon große Schwierigkeiten, z. B. bezüglich des britisch-französischen Concord-Uberschallflugzeugs, ergeben. Im laufenden Fiskaljahr bietet sich bisher ein günstigeres Bild als im Vorjahr, und die wie üblich in den nächsten beiden Monaten zu erwartenden zusätzlichen Haushaltsvoranschläge dürften durch anderweitige Einsparungen ausgeglichen werden. Dagegen läßt die Spartätigkeit zu wünschen übrig und bedarf dringend eines neuen Anreizes; in Erwartung einer baldigen Diskontsatz-

senkung waren die jüngsten Anleihe-Emissionen ein großer Erfolg, aber die hohen Kapitalmarktsätze schaffen ernste Probleme. Um den Eigenheimkauf zu begünstigen, denkt man an ein mehrstufiges Zinssystem, das indessen vorläufig vertagt worden ist. Auf alle Fälle will man die produktiven Kapitalausgaben der öffentlichen Organe und verstaatlichten Wirtschaftszweige ungekürzt aufrechterhalten. Auch die Privatunternehmen in Industrie und Handel bleiben bei ihren Plänen für eine zehnprozentige Erhöhung der Investitionsausgaben im laufenden Jahr; Befürchtungen über weitreichende Abstriche haben sich in den wichtigsten Produktionsgebieten nicht bewahrheitet.

#### NOTWENDIGER ABBAU DER IMPORTABGABE

Ob die Inlandsnachfrage schon genügend eingeschränkt ist, läßt sich zur Zeit schwer beurteilen, weil die Korrekturmittel nacheinander eingeführt wurden und langsamer wirksam wurden als in früheren Krisen. Regierungssprecher haben eine Deflation ausdrücklich abgelehnt. Finanzsachverständige sind allgemein dafür, mit dem Abbau des hohen Diskontsatzes und der Importabgabe bald zu beginnen. Vorwärtsblickende Industrielle äußern den gleichen Wunsch, glauben aber, daß die Inlandsnachfrage weiter reduziert werden muß, um Waren für den Export freizusetzen, und zwar vor allem in der Kapitalgüterproduktion. Keiner der großen Wirtschaftszweige hat sich indessen bisher darauf eingestellt. In der Bauwirtschaft wird das Arbeitstempo nur durch das Liefervermögen der Rohstoffproduzenten begrenzt. In dem anderen konjunkturbestimmenden Wirtschaftszweig, der Metallverarbeitung, nehmen die Inlandsaufträge und Auftragsbestände weiter zu, so daß alle Kunden länger warten müssen. Andere wichtige Industriezweige wie die Energieversorgung, Stahlerzeugung und Chemie brauchen dringend mehr Kapitalgüter, um ihre Produktion zu vergrößern oder zu rationalisieren. In anderen Wirtschaftszweigen, z. B. dem Textilsektor, wird der Export durch Importschranken gehemmt.

Trotz allem ist Mr. Wilson mit dem Erreichten nicht unzufrieden. Für seine zweiten hundert Tage sagt er als Ergebnis der bisherigen Arbeit die Vorlage einer Reihe wichtiger Gesetze voraus. Bei allen Enttäuschungen und zugegebenen Mißgriffen kann die Labour-Regierung für sich in Anspruch nehmen, die wirklichen Probleme erkannt und die ersten Schritte zu ihrer Bewältigung getan zu haben. Sie hat einen wirksamen Apparat für eine energische Wirtschaftspolitik geschaffen und sich des guten Willens der Sozialpartner versichert. Es hat sich aber auch gezeigt, wie tief die wirklichen Ursachen der wirtschaftlichen Kalamitäten liegen und wie wichtig auch das Vertrauen des Auslands für ihre Beseitigung ist. Ohne zeitweilige Konsumeinschränkungen lassen sich die großen Aufgaben in Investition und Ausfuhr nicht meistern; und es fragt sich, ob diese einfache Tatsache der Bevölkerung genügend klar ist.